

18.12.2014

Niederschrift 006/2014

Kreistag

am 04.11.2014 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 17:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Aileen Droll

Frau Martina Eickhoff

anwesend ab 15.35 Uhr

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Frau Bärbel Schmidt

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Frau Manuela Werbinsky

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen
Herr Wilfried Feldmann
Frau Claudia Gebhard
Herr Stefan Janyga
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Dieter Kleinwächter
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Helmut Krause
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Herr Hakan Namlisoy
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Frau Ilka Brehmer
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Jochen Nadolski-Voigt
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider
Herr Dennis Schweer

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Frau Maria Lipke
Herr Helmut Rosenkranz

Kreistagmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß
Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Dieter Albert
Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor
Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent
Herr Dirk Wigant, Dezernent
Herr Hans Zakel, stv. Leiter Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu dieser Kreistagssitzung am 23. Oktober 2014 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Frau Richter von der CDU-Fraktion und Herr Reichwald von der Linksfraktion für diese Sitzung entschuldigt sind. Außerdem weist er darauf hin, dass nach der Sitzung die Möglichkeit besteht, sich bei Herrn Klimmek vom Fachdienst Zentrale Datenverarbeitung Schutzhüllen für die iPads abzuholen.

Auf Nachfrage des Landrates erklären sich die Kreistagsmitglieder mit Fotoaufnahmen durch Frau Kalle von der Pressestelle des Kreises während der Sitzung einverstanden.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung gibt es nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|----------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 149/14 | Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna |
| Punkt 3.1 | 179/14 | Geschäftsordnung des Kreises Unna;
Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache 149/14 vom 03.11.2014;
Tonaufnahmen |
| Punkt 4 | 148/14 | Hauptsatzung des Kreises Unna |
| Punkt 4.1 | 090/14/1 | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 148/14;
Aufwandsentschädigungen |
| Punkt 4.2 | 091/14/1 | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 148/14;
Auswärtige Klausuren |

- Punkt 4.3** 092/14/1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 148/14; Verdienstausfallersatz
- Punkt 4.4** 177/14 Hauptsatzung des Kreises Unna; Antrag der Linksfraktion zur Drucksache 148/14 vom 03.11.2014 Ersatz des Verdienstausfalls
- Punkt 5** 138/14/1 Abnahme des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung des Landrates
- Punkt 6** 150/14 Verwendung des Jahresergebnisses 2013
- Punkt 7** 143/14 Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2014
- Punkt 8** Haushalt 2015
- Punkt 8.1** 145/14 Stellenplan für das Jahr 2015
- Punkt 8.2** 142/14 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
- Punkt 9** 147/14 Aufgabe des Europabüros ab 2015
- Punkt 10** 152/14 Ersatzwahl
- Punkt 11** 144/14 Anregung gem. § 21 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO NRW); hier: Einleitung eines Verfahrens zur Abberufung des Kreisdirektors gem. § 47 Abs. 3 KrO NRW
- Punkt 12** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 12.1** 166/14 Arbeitsergebnisse des Regionalen Bildungsnetzwerks und Bildungsbüros; Anfrage der FW-Gruppe vom 24.10.2014
- Punkt 12.2** 173/14 Eintrittsgelder für die Ausstellungen des Kreises Unna auf Schloss Cappenberg und Haus Opherdicke; Anfrage der FW-Gruppe vom 24.10.2014

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 13** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Krause (CDU-Fraktion) teilt mit, er könne diese Problematik nicht nachvollziehen, insbesondere nicht bei öffentlichen Sitzungen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es rechtlich einen erheblichen Unterschied darstelle, ob man etwas nur höre oder sehe oder ob man Ton- oder Bildaufnahmen anfertige. Auch in einer öffentlichen Sitzung bestehe das Recht, sich dagegen zu wehren, gefilmt, fotografiert oder auf Band aufgenommen zu werden.

Herr Jasperneite (CDU-Fraktion) erklärt, man sähe aber eine Einschränkung der Persönlichkeitsrechte nicht dadurch gegeben, dass die Aufnahmen jetzt länger aufbewahrt würden. Außerdem gäbe es ähnliche Regelungen auch in anderen Kreissatzungen oder Geschäftsordnungen. Es sollte daher auch in die Geschäftsordnung des Kreises aufgenommen werden und für den Fall, dass eine Tonaufnahme abgehört werden sollte, sollte mit allen Betroffenen vorher das Benehmen hergestellt werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, sodass zur Abstimmung übergegangen wird.

Herr Landrat Makiolla lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion (DS 179/14) mit der geänderten Bezeichnung des Begriffs „Kreistagsabgeordnete“ in „Kreistagsmitglieder“ abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich so beschlossen (Abstimmungsergebnis siehe unter Punkt 3.1).

Anschließend wird über die Geschäftsordnung (DS 149/14) in der durch den CDU-Antrag geänderten Fassung abgestimmt.

Beschluss

Der als Anlage zur Drucksache 149/14 beigefügte Entwurf der Geschäftsordnung des Kreistages der Kreises Unna in der durch den CDU-Antrag (DS 179/14) geänderten Fassung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (64 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppen der FDP, Freie Wähler und PIRATEN sowie des Landrates, 2 Nein-Stimmen der Linksfraktion)

Punkt 3.1 179/14 Geschäftsordnung des Kreises Unna; Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache 149/14 vom 03.11.2014; Tonaufnahmen

Erörterung

Siehe unter Punkt 3

Beschluss

Folgende Regelung wird in den § 14 der Geschäftsordnung (DS149/14) des Kreistages aufgenommen:

In Absatz 4 wird am Ende folgender Satz ergänzt:

Einwendungen zum Protokoll müssen am Beginn der folgenden, beziehungsweise spätestens am Beginn der darauf folgenden Sitzung angezeigt werden.

Folgender Absatz 5 wird angefügt:

Zur Unterstützung der Protokollführung wird über den Verlauf der Sitzung eine Tonaufnahme gefertigt. Die Kreistagsmitglieder, der Landrat, der Kreisdirektor sowie die Dezernenten sind berechtigt, die Tonaufnahme in den Räumen der Kreisverwaltung zu hören. Die Tonaufnahme ist nach Zugang der Niederschrift fünf Jahre aufzubewahren.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (49 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, der Gruppe der PIRATEN und des Landrates, 6 Nein-Stimmen der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, der Linksfraktion und der Gruppe der FDP, 11 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der GFL-Lünen/UWG-Selm und der Gruppe Freie Wähler)

Punkt 4 148/14 Hauptsatzung des Kreises Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erteilt Herrn Goldmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort zur Begründung seiner Anträge.

Herr Goldmann erklärt, er erachte es für wichtig, insbesondere mit Blick auf den Haushalt 2015, den Konsolidierungsbeitrag für und durch die politischen Gremien an dieser Stelle zu thematisieren. Dann geht er im Einzelnen auf die Anträge seiner Fraktion ein und erläutert deren Begründungen.

Anschließend geht Herr Sell auf den Antrag seiner Linksfraktion. Man beantrage die Änderung des § 6 Abs. 1 der Hauptsatzung in der Form, dass der Regelstundensatz von 8 Euro auf 8,50 Euro erhöht werden solle. Orientiert habe man sich dabei an der Höhe des ab Januar 2015 zu zahlenden Mindestlohnes.

Frau Cziehso (SPD-Fraktion) erinnert daran, dass der Kreistag bereits im Sommer maßgebliche Entscheidungen zu den Kosten der Politik getroffen habe. So seien die Personalkosten der Fraktionen reduziert, der papierlose Sitzungsdienst eingeführt, Ausschüsse zusammengelegt und kleiner gemacht, die Position des dritten Landrates nicht besetzt und die Bewirtungskosten in den Sitzungen von den Fraktionen übernommen worden. Insgesamt sei damit bei den Kosten der Politik eine Einsparung zwischen 90.000 und 100.000 Euro realisiert worden.

Die drei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten dagegen insgesamt nur ein relativ geringes Einsparvolumen. Die Einschränkungen durch sie für die politische Arbeit wären jedoch eklatant. Die SPD-Fraktion werde daher den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen.

Dem Antrag der Linksfraktion würden sie ebenfalls nicht zustimmen, da die darin genannten 8 Euro keinen Lohn darstellten, sondern ein Ausgleich für die Abwesenheit von zu Hause seien. Man sehe daher nicht die Verknüpfung mit dem Mindestlohn.

Herr Stalz erklärt, die Freien Wähler würden allen Anträgen der Grünen zustimmen. Die Politik solle beim Sparen mit gutem Beispiel voran gehen. Im Vergleich zum Haushaltsvolumen handele es sich hier in der Summe sicherlich um eine kleine Einsparmaßnahme, doch man betrachte es auch als eine symbolische Geste. Dass sich dadurch eklatante Einschränkungen in der Politik der großen Parteien ergeben würden, hielte man für übertrieben.

Herr Klostermann teilt mit, dass die Gruppe der FDP die Anträge der Grünen zum Thema Aufwandsentschädigung und Klausuren mittragen werde. Ähnliche Forderungen hätte die FDP in der Vergangenheit auch gestellt. Den Antrag bezüglich des Verdienstauffalls, würden sie mit einer ähnlichen Begründung wie der von Frau Cziehso nicht unterstützen und den Antrag der Linksfraktion hielten sie für obsolet. Ein ehrenamtliches Engagement im Kreistag habe aus ihrer Sicht in keiner Weise etwas mit Mindestlohn zu tun.

Die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm sähe die Anträge, so Frau Lipke, auch differenziert. Dem Antrag zu den Aufwandsentschädigungen könne man folgen. Bei der Anzahl der zulässigen Klausuren hielten sie auch eine Klausur für ausreichend, diese allerdings nur in Nordrhein-Westfalen durchzuführen, stelle sie sich etwas schwierig vor. Eine Reduzierung des Verdienstaufalles hielten sie für nicht sinnvoll, da sie sich mehr Selbstständige im Kreistag und auch in den Räten wünschen würden. Der Erhöhung des Regelstundensatzes auf 8,50 Euro im Antrag der Linksfraktion würden sie zustimmen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, sodass zur Abstimmung übergegangen wird.

Zunächst lässt Herr Landrat Makiolla über den Antrag der Linksfraktion (DS 177/14) abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich nicht beschlossen (Abstimmungsergebnis siehe unter Punkt 4.4).

Anschließend wird über die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DS 090/14/1, 091/14/1, 092/14/1) abgestimmt. Alle drei Anträge werden mehrheitlich nicht beschlossen (Abstimmungsergebnisse siehe unter Punkt 4.1, 4.2 und 4.3).

Herr Landrat Makiolla lässt nun über die Hauptsatzung des Kreises Unna (DS 148/14) abstimmen.

Beschluss

Die als Anlage 1 zur Drucksache 148/14 beigefügte Hauptsatzung des Kreises Unna wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.1 090/14/1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 148/14; Aufwandsentschädigungen

Erörterung

Siehe unter Punkt 4

Beschluss

1. Aufwandsentschädigungen für vorbereitende Sitzungen am selben Tag der Ausschuss-Sitzung werden nicht mehr gezahlt.
2. Sitzungsgeld für die Teilnahme an Fraktionssitzungen wird höchstens für 40 Sitzungen pro Kalenderjahr gewährt. Fraktionssitzungen sind gem. § 30 Abs. 5 KrO auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitskreise), zu denen von der Fraktionsführung eingeladen wurde.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (50 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, der Linksfraktion und des Landrates, 16 Ja-Stimmen der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP, der Gruppe PIRATEN, der Gruppe Freie Wähler, 1 Enthaltungen der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm)

Punkt 4.2 091/14/1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 148/14; Auswärtige Klausuren

Erörterung

Siehe unter Punkt 4

Beschluss

Die Anzahl der max. zulässigen auswärtigen Klausuren wird von zweimal pro Jahr auf eine reduziert. Die max. Entfernung vom Sitz der Verwaltung wird auf NRW beschränkt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (53 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, der Linksfraktion, der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm und des Landrates, 14 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP, der Gruppe PIRATEN und der Gruppe Freie Wähler)

Punkt 4.3 092/14/1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 148/14; Verdienstaufhällersatz

Erörterung

Siehe unter Punkt 4

Beschluss

Der Höchstsatz für Selbstständige beim Verdienstaufhall für Kreistagsabgeordnete, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner beträgt 24 Euro.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (55 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, der Linksfraktion, der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe der FDP und des Landrates, 12 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe PIRATEN und der Gruppe Freie Wähler)

Punkt 4.4 177/14 Hauptsatzung des Kreises Unna; Antrag der Linksfraktion zur Drucksache 148/14 vom 03.11.2014 Ersatz des Verdienstauffalls

Erörterung

Siehe unter Punkt 4

Beschluss

§ 6 (1) der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

„Der Regelstundensatz (§ 30 Abs. 2 Satz 1 KrO NRW) beträgt 8,50 Euro.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (58 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP, der Gruppe PIRATEN und des Landrates. 5 Ja-Stimmen der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm und der Linksfraktion, 4 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe Freie Wähler)

Punkt 5 138/14/1 Abnahme des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung des Landrates

Erörterung

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Werner Sell, trägt vor, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 21.10.2014 dem Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 des Kreises Unna und der Erteilung des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks angeschlossen habe und empfehle, dem Landrat Entlastung zu erteilen. Der Kreis-ausschuss habe in seiner Sitzung am 03.11.2014 einstimmig diesem Beschlussvorschlag zugestimmt.

Beschluss

Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme von 369.076.205,12 € und einem Jahresüberschuss von 10.397.379,75 € wird festgestellt. Dem Landrat wird für den Jahresabschluss 2013 gem. § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 150/14 Verwendung des Jahresergebnisses 2013

Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert kurz die Drucksache und bittet um Beschlussfassung wie dort ausgewiesen. Auf alles Weitere werde er später in seiner Haushaltsrede eingehen.

Beschluss

Für das festgestellte Jahresergebnis 2013 wird folgender Verwendungsbeschluss gefasst:

Zur Abdeckung des negativen Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit von -1.841.191,57 € wird die Ausgleichsrücklage in voller Höhe verwendet, die damit auf einen Wert von 0 € herabgesetzt wird. Der hierbei nicht gedeckte Betrag in Höhe von -168.756,20 € wird gegen die Allgemeine Rücklage gebucht. Das positive außerordentliche Jahresergebnis von 12.238.571,32 € wird zur Aufstockung des Bestandes der Allgemeinen Rücklage verwendet, die damit einen neuen Bestand von 2.307.332,82 € ausweist.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 143/14 Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2014

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Kreisdirektor gestern im Kreisausschuss ausführlich den Budgetbericht erläutert habe und nachher in seiner Haushaltsrede einen Teil dieser Ausführungen auch wieder aufnehmen werde. Auf Vorschlag des Landrates wird daher unter diesem Tagesordnungspunkt einvernehmlich auf einen Bericht des Kreisdirektors und Kämmerers zum Budgetbericht verzichtet.

Punkt 8 Haushalt 2015

Erörterung

Der Kreisdirektor und Kämmerer Herr Dr. Wilk bringt den Entwurf des Haushalts des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2015 in den Kreistag ein. Der Niederschrift sind die Rede (Anlage 1) sowie die zur Erläuterung der Ausführungen gezeigte Folienpräsentation (Anlage 2) beigelegt. Die Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt erfolgen in der Sitzung des Kreistages am 16.12.2014.

Punkt 8.1 145/14 Stellenplan für das Jahr 2015

Erörterung

Siehe unter Punkt 8

Punkt 8.2 142/14 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Erörterung

Siehe unter Punkt 8

Punkt 9 147/14 Aufgabe des Europabüros ab 2015

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass zu diesem Tagesordnungspunkt kein Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses vorläge, da die weitere Beratung und Beschlussfassung auf die heutige Sitzung des Kreistages verschoben worden seien.

Er weist darauf hin, dass aufgrund eines nur kleinen Zeitfensters, der Kreistag heute über die Frage, ob diese Aufgabe weiter wahrgenommen werden solle, entscheiden müsse, da man am 16. Dezember nicht mehr in der Lage sei, einen entsprechenden Antrag zu stellen, der eine Fortsetzung dieser Förderung durch die Europäische Union garantiere.

Herr Klostermann erklärt, die FDP-Gruppe hätte sich auch vorstellen können, dies in die Haushaltsplanberatungen mit einzubeziehen, die Erklärung des Landrates sei jedoch nachvollziehbar. Man würde aber gerne wissen, ob nach Streichung dieser Stelle trotzdem noch an anderer Stelle im Kreis die Möglichkeit bestehe, sich weiter um Fördermittel zu bemühen oder davon auszugehen sei, dass sämtliche Erfolge, die in der Vergangenheit in den Kreis geholt worden seien, in Zukunft nicht mehr möglich wären.

Die Aufgabe des Europabüros, so Herr Landrat Makiolla, habe nicht nur im Einwerben von Fördermitteln, sondern im Wesentlichen darin bestanden, Knowhow zu erwerben, wie mit europäischen Förderprogrammen umzugehen sei. Bei Wegfall der Stelle werde das dort in den letzten Jahren durch die Arbeit des Kollegen angeeignete Wissen dann künftig in der Form nicht mehr zur Verfügung stehen. Daher werde man dann auch nicht mehr in der Lage sein, die Städte und Gemeinden zu beraten oder andere Institutionen, die überhaupt noch keine Erfahrung mit europäischen Fördermitteln hätten. Gut aufgestellt sähe er dahingegen jedoch die Berufskollegs des Kreises, wo auch europäische Projekte mit europäischem Geld durchgeführt würden. Dort bestehe mittlerweile das erforderliche Knowhow, um eigenständig entsprechende Anträge zu stellen.

Mit Wegfall der Stelle werde ebenfalls die Aufgabe, Marketing für Europa zu betreiben, z.B. durch Veranstaltungen an Schulen, nicht mehr wahrgenommen werden können. Angesichts des plötzlichen Ausscheidens des Mitarbeiters und der derzeitigen Haushaltssituation sei hier eine Abwägungsentscheidung zu treffen gewesen, die zu dem vorlegten Vorschlag geführt habe.

Frau Cziehso (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass es auf der Ebene des Regionalverbandes Ruhr ein Europabüro gäbe und sie rege an, in geeigneter Weise den Leiter dieses Europabüros in die Gremien des Kreistages einzuladen, um sich darüber auszutauschen, in welcher Form dies auch für die Zwecke des Kreises zu nutzen sei.

Da das Thema der Schulpartnerschaften auch ohne diese Stelle beim Kreis auf der Ebene der Schulen weiter gepflegt und gefördert werden könne, werde ihre Fraktion dieser Drucksache so zustimmen.

Herr Stalz teilt mit, die Gruppe der Freien Wähler könnte dieser Drucksache in der dargelegten Form nicht zustimmen, weil ihnen die Begründung, diese Stelle aufzugeben, nicht ausreiche. Es sei klar definiert, welche Aufgaben das Europabüro schwerpunktmäßig wahrnehmen solle: Die Förderberatung, die Zusammenarbeit mit den Schulen, die Unterstützung der Aktivitäten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die Mitwirkung in regionalen und überregionalen Netzwerken sowie die Unterstützung der Aktivitäten im Bereich Hochschule und Region. Dies seien sehr wichtige Aspekte, die man auch künftig unbedingt weiterhin belegt haben möchte, zumal hier im Laufe der letzten Jahre hochwertige Struktur- und Netzwerkverbindungen aufgebaut worden seien, die ohne das Europabüro so nicht weiter aufrecht erhalten werden könnten. Als Kompromisslösung könne man sich den Erhalt in Form einer Teilzeitstelle vorstellen.

Er weise auch darauf hin, dass das Europabüro vor vier Jahren intensiv vom externen Spargutachter bewertet und nicht auf die Sparliste gesetzt worden sei. Dieser habe sogar dafür plädiert, dort mehr zu investieren, um ein Vielfaches über abzurufende Fördergelder dann auch in den Kreis und in die kreisangehörigen Kommunen zu bekommen.

Herr Jasperneite erklärt, dass die CDU-Fraktion die Drucksache im vollen Umfang unterstützen werde. Mit Blick auf die Haushaltsrede des Kämmerers sei dies gerade mal die äußerste Spitze dessen, was der Kreis Unna künftig an Leistungsverzichten werde realisieren müssen. Man schließe sich dem Vorschlag an, die Potenziale beim RVR nutzen zu wollen und schlage vor, auch die Kontakte zu dem Büro des Landes in Brüssel zu intensivieren.

Frau Schneider führt aus, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in dieser Sache enthalten werden. Die Bedenken seit der gestrigen Kreisausschusssitzung seien geblieben. Sie erkundigt sich, ob ein entsprechender Beschluss das endgültige Aus für das Europabüro bedeute oder ob man es in einem neuartigen Konzept wieder aufleben lassen könne. Man dünkte daran, es vielleicht mit Jobcenter, mit Wirt-

schaftsförderung und mit Regionalagentur zu verquicken, um andere Aufgaben zur Lösung der großen Probleme zu übernehmen.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass es dem Kreistag frei stehe, jederzeit darüber zu entscheiden, ob man gewillt und auch in der Lage sei, eine entsprechende Stelle zu schaffen und dauerhaft zu finanzieren. Was es bei einer jetzigen Entscheidung für das Aus sicher nicht mehr geben werde, sei eine Förderung der Europäischen Union aus dem Europa Direct Programm, aus dem man bisher profitiert habe. Dies sei an enge Vorgaben gebunden und ein Modell, wie von Frau Schneider beschrieben, sei damit nicht zu finanzieren. Da müsste man sehen, ob es dafür andere Förderprogramme gäbe, die eine solche Art von Tätigkeit bezuschussen würden.

Herr Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält den Vorschlag, dass Europabüro aufzugeben für zu kurz gedacht. Wenn Strukturen jetzt zerschlagen würden, wäre dies endgültig. Wirtschaftsförderung oder Regionalagentur hätten auch Aufgaben übernommen, aber man benötige Strukturen wie europäische Fördermittel. Diese Aufgaben auf die RVR-Ebene nach Essen zu verschieben halte er nicht für sinnvoll. Er schlage vor, dies im Ausschusskreis zum Thema zu nehmen, um zu überlegen, wie man mit positiven Schritten aus dem Dilemma herauskomme.

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass die Verwaltung die Arbeit dieser Stelle in den letzten Jahren auch aufgabenkritisch betrachte habe und diese vom Ergebnis ihrer Tätigkeit her für den Kreis Unna durchaus nützlich gewesen sei. Er bedauere daher, angesichts der schwierigen Haushaltssituation den Vorschlag zur Aufgabe des Europabüros machen zu müssen.

Es sei aber auch nicht so, dass es vor Ort keine organisatorischen Verwaltungsstrukturen mehr gäbe, die sich mit EU-Förderprogrammen beschäftigten. Man betreibe gemeinsam mit den Nachbarstädten Dortmund und Hamm eine vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Regionalagentur, wo die ganzen ESF-Mittel akquiriert würden und der Kreis Unna fahre, was das Anwerben von Fördermitteln aus diesen Töpfen angehe, auch im Vergleich zu Dortmund und Hamm, sehr gut. Diese Regionalagentur erfülle einen Großteil der von Herr Stalz aufgezählten Aufgaben. Er erinnere auch noch einmal daran, dass die Masse der europäischen Gelder, über 90 Prozent, über das Land Nordrhein-Westfalen in den Kreis Unna oder in andere Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen fließen würden. Von daher müsse das erste Ziel sein, sich entsprechend gegenüber dem Land zu positionieren. Und das geschähe durch die Regionalagentur, die man gemeinsam mit Dortmund und Hamm schon seit Jahren sehr erfolgreich betreibe.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, sodass Herr Landrat Makiolla über die Drucksache 147/14 abstimmen lässt.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, den Rahmenvertrag mit der Europäischen Kommission mit Ende des Jahres 2014 zu lösen. Die Stelle PM/0090 gemäß Stellenplan (Kreientwicklung, Grundsatzfragen und Handlungsstrategien – Europaangelegenheiten, Tourismuswirtschaft) entfällt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe der FDP, der PIRATEN und des Landrates, 2 Nein-Stimmen der Gruppe der Freien Wähler und 8 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Punkt 10 152/14 Ersatzwahl

Beschluss

Folgender Bediensteter wird auf Vorschlag des Landrates für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages als stellvertretendes Mitglied für Frau Sabine Leiß in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe (ZRL) gewählt:

Bisheriges Mitglied

Marius Fliegner

Neues Mitglied

Dirk Brewedell

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

Punkt 11 144/14 Anregung gem. § 21 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO NRW); hier: Einleitung eines Verfahrens zur Abberufung des Kreisdirektors gem. § 47 Abs. 3 KrO NRW

Erörterung

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk verlässt seinen Platz.

Herr Landrat Makiolla erläutert, dass der Kreisausschuss gestern einstimmig empfohlen habe, kein Verfahren zur Abberufung des Kreisdirektors einzuleiten, und er schlage vor, sich dem Votum des Kreisausschusses anzuschließen.

Die Gruppe der Freien Wähler sei laut Herrn Stalz mit dem Vorschlag einverstanden. Er rege an, dem Gesetzgeber der Kehr- und Überwachungsordnung einen Hinweis zu geben, diese so zu formulieren, dass sie nicht unterschiedlich interpretiert werden könne.

Herr Dr. Wilk kehrt nach der Abstimmung an seinen Platz zurück.

Beschluss

Es wird kein Verfahren zur Abberufung des Kreisdirektors gem. § 47 Abs. 3 KrO NRW eingeleitet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung ergeben sich nicht.

**Punkt 12.1 166/14 Arbeitsergebnisse des Regionalen Bildungsnetzwerks und Bildungsbüros;
Anfrage der FW-Gruppe vom 24.10.2014**

Erörterung

Herr Dr. Timpe weist eingangs darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage der Gruppe der Freien Wähler aufgrund der Vielzahl der Fragen und des weiten Themenfeldes nicht so einfach sei. Er bitte daher um Verständnis, wenn er auf einige Punkte zusammenfassend eingehen werde.

Die Fragen bezögen sich allesamt auf die Arbeitsergebnisse des Regionalen Bildungsnetzwerkes und des Bildungsbüros im Zusammenhang mit der beruflichen Orientierung der Schulabgänger im Kreis Unna und dies vor dem Hintergrund der Schulabgangs- und Arbeitslosenstatistiken. Nach wie vor gäbe es um die 5.000 Arbeitslose jüngerer Alters, von denen ein sehr hoher Anteil weder über eine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung verfüge.

Die Anfrage beziehe sich ausdrücklich auf ein 2009 in der Orientierungsphase von Regionalem Bildungsbüro und Regionalem Bildungsnetzwerk in Auftrag gegebenes Gutachten, was durch die Sozialforschungsstelle der TU Dortmund erstellt worden sei. Darin sei insbesondere die Situation der beruflichen Orientierung, der Angebote im Übergang Schule-Beruf mit dem Stand 2008/ 2009/ 2010 beschrieben und analysiert worden, und es seien konkrete Handlungsempfehlungen für das Bildungsnetzwerk und das Bildungsbüro ausgesprochen worden. Dies sei auch Schwerpunkt der zweiten Bildungskonferenz im Jahr 2010 gewesen.

Das Thema sei nach wie in der Diskussion, z.B. erst heute noch auf der 5. Bildungskonferenz in Lünen, wiederum mit dem Schwerpunkt berufliche Orientierung unserer Schulabgänger bei „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und bezüglich der Elemente des Übergangssystems.

Was die Beantwortung der Fragen schwierig mache, sei der inzwischen veränderte Sachstand. Dieses Gutachten sei damals aus dem Bildungsbüro heraus in Auftrag gegeben worden. Im Dezember 2012 habe dann der Kreistag entschieden, dieses Themas zu verselbständigen und die kommunale Koordinierungsstelle als Beteiligung am Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ einzurichten. Diese sei zwar zum Teil personell mit dem Regionalen Bildungsbüro verknüpft und kooperiere auch mit diesem, aber in erster Linie sei hier nun nicht das Regionale Bildungsbüro, sondern die Kommunale Koordinierungsstelle zuständig.

1) Wie sehen die derzeitigen Zahlentabellen aus?

2) Hat es Verbesserungen zur damaligen Ausgangslage gegeben?

Die Fragen 1 und 2 bezögen sich auf die Tabellen in dem Gutachten, in dem es im ersten Teil um die Schulabgängerstatistiken und im zweiten Teil um die Arbeitslosenstatistiken gehe. Zur Beantwortung verweise er auf die im Rahmen der regelmäßigen jährlichen Berichterstattung unter der Überschrift „Kein Abschluss ohne Anschluss“ vorgelegten Drucksachen, insbesondere aus den letzten drei Jahren, unter den DS-Nummern 038/14, 129/13 und 190/12, die dazu einen guten Überblick gäben.

Im Ergebnis entnehme man diesen Berichten, dass es in beiden Bereichen sowohl, was die Qualität der Schulabschlüsse als auch was die Arbeitslosensituation angehe, durchaus Verbesserungen gegeben und sich strukturell Entscheidendes geändert habe. Dies habe jedoch nicht mit überragender Weiterentwicklung der beruflichen Orientierung an den Schulen, sondern in erster Linie mit demografischen Effekten, nämlich rückläufigen Schulabgänger- und Jahrgangszahlen auf der einen Seite und konjunkturellen Entwicklungen auf der anderen Seite, zu tun. Es lasse sich also nicht und schon gar nicht in erster Linie den Aktivitäten im Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ oder den Aktivitäten im Regionalen Bildungsnetzwerk positiv zu rechnen.

- 3) Welche der Empfehlungen sind umgesetzt worden und was für Ergebnisse haben sie bewirkt?
- 4) Welche Empfehlungen sollten noch umgesetzt werden und was wird davon erwartet?
- 5) Gibt es neben den Empfehlungen weitere Erkenntnisse, die aus der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen entstanden sind?
- 6) Wie sind die dort dargestellten vielfältigen Aufgaben und Anforderungen in den letzten Jahren umgesetzt worden?
- 7) Wo besteht noch Verbesserungsbedarf?

Die Fragen 3 bis 7 zielten alle ab auf ein Handlungsfeld und eine ganze Reihe von Empfehlungen der damaligen Gutachterin ab, wo zu mehr Transparenz und für mehr Kooperation und Vernetzung unter den verschiedenen Arbeitsmarkt- und Bildungsakteuren geraten wurde. Unter Verweis auf die angesprochenen Drucksachen führt Herr Dr. Timpe aus, dass dort auch sehr kleinteilig die Aktivitäten der Koordinierungsgruppe in Bezug auf die weiterführenden Schulen im Kreis dargestellt worden seien.

Der aktuelle Stand sei, dass von den 60 weiterführenden Schulen mit den Elementen „Potenzialanalyse“ für alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 und „Qualifizierte Angebote zur Berufsfelderkundung“ gut die Hälfte im System erfasst sei.

- 8) Welche positiven Ergebnisse wurden erzielt?
- 9) Welche Zielvorstellungen sollen in welchen Zeitabschnitten erreicht werden?

Man sei sehr optimistisch, die übrigen 30 Schulen innerhalb der nächsten zwei Jahre auch entsprechend einzubauen, sodass man flächendeckend eine qualitative Verbesserung dessen, was im Jahre 2009/2010 diagnostiziert worden sei, seiner Erwartung nach dann zum Schuljahr 2016/2017 werde feststellen können.

Parallel dazu werde es im Ausschuss im nächsten Frühjahr Berichte geben. Zurzeit sei man dabei, die Angebote der kreiseigenen Berufskollegs im Übergangssystem auch mit Blick auf die neue APO BK (Ausbildungs- Prüfungsordnung Berufskollegs) zu qualifizieren. Er sähe die Schulen da gut aufgestellt.

Das gelte aber auch für andere wichtige Akteure, wie Einzelunternehmen, (z. B. Remondis oder Aurubis) oder auch für die Kreishandwerkerschaft als Organisation für die Handwerksbetriebe. Hier werde der Schwerpunkt insbesondere auf den Aspekt des Fachkräftemangels gelegt.

Zudem seien im Rahmen des Handlungsfelds II bestimmte Dinge unmittelbar umgesetzt worden, von denen er beispielhaft nur das Internetportal „Schüler online“ nennen wolle.

- 10) Reicht das vorhandene Personal aus, um all die anspruchsvoll formulierten Aufgaben zu erfüllen?
- 11) Wie hoch sind die jährlichen finanziellen Aufwendungen für das Bildungsbüro und wie hoch ist der Landesanteil an den gesamten Aufwendungen?

Auch hier habe man, wie überall, mit deutlich eingeschränkten Ressourcen zu kämpfen. Bezogen auf das Personal, würde er hinsichtlich der jetzigen Aufgaben sagen, dass es ausreiche. Dies sei aber durchaus ein Bereich, wo mit mehr personellen Möglichkeiten und mehr finanziellen Ressourcen auch deutlich mehr zu erreichen sei, bzw. schneller positive Ergebnisse zu erzielen wären.

Was den Aufwand betreffe, habe man ausweislich des Haushaltes 2014 im Bereich dieser Kommunalen Koordinierungsstelle knapp 175.000 Euro im Ansatz. Die Hälfte davon werde vom Land erstattet, und wenn man die Stellen und Stellenanteile insgesamt zusammen rechne, liege man in 2014 bei 2,25 vollzeitverrechneten Stellen. Mit Blick auf den Stellenplanentwurf 2015, werde man feststellen, dass dort, was den Verwaltungsvorschlag angehe, in 2015 intensiver gearbeitet werden solle.

**Punkt 12.2 173/14 Eintrittsgelder für die Ausstellungen des Kreises Unna auf Schloss Cappenberg und Haus Opherdicke;
Anfrage der FW-Gruppe vom 24.10.2014**

Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert, dass Eintrittsgelder auf Haus Opherdicke mit der Wiedereröffnung nach der Sanierung eingeführt worden seien und kurze Zeit später, im August 2013, auch auf Schloss Cappenberg für die dortigen Ausstellungsaktivitäten des Kreises.

Er schläge vor, zur Beantwortung der Anfrage noch die aktuelle Ausstellung des Kreises auf Schloss Cappenberg, die Güler-Ausstellung, abzuwarten, um danach eine Bilanz über die Entwicklung der Besucherzahlen über einen Zeitraum von rund 20 Monaten (von August 2013 bis April 2015) und auch über mehrere Ausstellungen hinweg, ziehen zu können.

Der anfangs deutlich bemerkbare Rückgang der Besucherzahlen falle derzeit nicht mehr so stark aus. Dies habe man insbesondere einer sehr erfolgreichen Ausstellung mit Ottmar Alt zu verdanken. Man wolle jetzt bis April 2015 abwarten und sollte dann erneut über die Erhebung von Eintrittsgeldern beschließen, denn – und darauf weise er als Kulturdezernent und Kämmerer ausdrücklich hin - 50 Prozent der Einnahmen dort müssten an den Landschaftsverband abgeführt werden, da der Kreis nur Untermieter sei. In der auf das Ende der Güler-Ausstellung folgenden Kulturausschusssitzung im Mai 2015 solle dann dazu berichtet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla erklärt Herr Stalz von der Gruppe der Freien Wähler sich mit dem Vorschlag von Herrn Dr. Wilk einverstanden, bittet jedoch darum, dass die Berichterstattung im Kreistag erfolgen möge, da die Gruppe der Freien Wähler im Kulturausschuss nicht vertreten sei und somit auch keine Möglichkeit bestehe, weitere Fragen zu stellen. Herr Landrat Makiolla erklärt, dass man dies, wenn es soweit sei, im Kreistag erläutern könne, falls sich bis dahin keine andere Regelung ergeben habe.

Anlagen

1. Rede des Kreisdirektors und Kreiskämmerers Dr. Thomas Wilk zur Einbringung des Haushaltes 2015 des Kreises Unna in der Sitzung des Kreistages am 04. November 2014
2. Folienpräsentation zur Haushaltsrede

gez. Michael Makiolla
Vorsitzender

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin